

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 12 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgehaltene Zeile oder deren Raum 3,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 2,50 Mark, Reklamen 12,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.



TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübecker Volksbote

Nr. 45.

Mittwoch, den 22. Februar 1922.

29. Jahrgang.

Teuerungsdebatte im Reichstag.

174. Sitzung vom Dienstag, 21. Februar, nachmittags 2 Uhr.
Auf eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Löwenstein (USP.) wird mitgeteilt, daß mit den Ländern vereinbart sei, daß das Schuljahr einheitlich im Frühjahr beginnen solle. Die Bedingungen der bayerischen Regierung seien zurückgestellt worden.
Gegenüber einer deutsch-rationalen Anfrage über die Entschädigungsfrage der Deutschen im Memelland erklärt ein Vertreter der Regierung, daß Ersatz für Kriegsschäden nur an Reichsangehörige geleistet werden könne. Das Memelland sei aber nicht mehr Reichsgebiet. Berechtigte Ansprüche fänden wohlwollende Prüfung.
Der Abgeordnete Deermann (Bayer. WP.) bringt in einer Anfrage die Zurückhaltung der 8-jährigen Tochter Marcelle des Arbeiters Heimann in Frankreich zur Sprache. Geheimer Legationsrat v. Schinkler erklärt, die deutsche Botschaft in Paris habe das Auslieferungsverfahren energisch betrieben. Die französische Regierung habe aber bisher den Vorstellungen keine Folge gegeben. (Hört, hört!) Da die französische Regierung inzwischen die Herausgabe aller noch in Frankreich befindlichen deutschen Kinder angeordnet hat, ist von der deutschen Botschaft zur Freilassung des Kindes des Arbeiters Heimann ein neuer Prozeß unternommen worden.
Das Ultimatum-Versorgungsgezet (Gesetz über die Versorgung der auf Grund der Annahme des Ultimatums der Verbündeten vom 5. Mai 1921 entlassenen Soldaten des Reichsheeres) wird dem Ausschuss für Versorgungssachen überwiesen.
Es folgt nunmehr die erste Lesung des 5. Nachtrages zum Reichshaushaltplan für das Rechnungsjahr 1921. Durch die Vorlage sollen unter anderem widerrufen

Wohnforderungen sind unvermeidlich; denn die Preise steigen ja von Tag zu Tag schneller als die Löhne. Die Verhältnisse auf dem Kartoffelmarkt sind geradezu ungeheuerlich. Die Kartoffel ist heute ein Luxusgericht. Tausende von Familien haben schon seit Wochen keine Kartoffel mehr. Die Landwirte erklären natürlich, sie seien an der Zurückhaltung der Kartoffeln völlig unteilhaftig, der Großhandel allein trage die Schuld. Jetzt, wo die Mieten geöffnet werden, sehen wir nicht, daß die Preise heruntergehen. Jetzt heißt es, die teuren Kartoffeln seien die Saatkartoffeln. Also Berlin muß jetzt teure Saatkartoffeln essen, drei bis vier Mark das Pfund. Das ist ein schamloser Preis. In der Zwangswirtschaft war es doch besser. Die gleichen idealen Zustände zeigen sich beim Zucker, der schon auf 6,50 bis 8,50 Mk. pro Pfund gestiegen ist. Die Kinder der minderbemittelten Schichten haben den Zucker ebenso gut nötig wie die Kinder wohlhabender Leute. Wir sind gewiß keine eingeschwoznen Freunde der Zwangswirtschaft. (Lachen rechts.) Sie (nach rechts) sollten doch wissen, daß nicht wir es waren, die die Zwangswirtschaft eingeführt haben. Das Reichsernährungsministerium, das die Zwangswirtschaft abgebaut hat, hat die verdamnte Pflicht, Mittel und Wege zu finden, daß das Volk Brot bekommt.

Herr (USP.): Was haben wir nicht für Versprechungen von Seiten des Reichsernährungsministers gehört! Aber weder die Versprechungen des Reichsernährungsministeriums noch die der landwirtschaftlichen Organisationen sind erfüllt worden. Der Reichslandbund zeigte nicht die Spur von Verantwortlichkeitsgefühl. Wochenlang wurde von den großen Hilfswerken der Landwirtschaft gesprochen. Schließlich machte man die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion abhängig von ersperrlichen Forderungen. Man verlangte: Keine Umlage, kein Auktionsdenkmal, keine Tarifverträge! (Zuruf rechts: Keine Streiks!) Sie (nach rechts) sind die Leuten, die sich über die Streiks entrücken dürften, denn Sie bittigen den Massen kein Recht auf eine menschenwürdige Existenz zu, und Sie waren es auch, die den Versuch geleistet haben gegen den Bauer und die Säcker vorzugehen. Vor einigen Wochen hier vertrieben haben. Die Regierung zeigt gegenüber den betrügerischen Angaben der Landwirtschaft über ihre Leistungsfähigkeit eine unverantwortliche Passivität. Nach neun Monaten hat der Reichsernährungsminister die hier mitgeteilten Beiträge mit den Maisbezugscheinern noch nicht zur Bestrafung gebracht. (Hört, hört! links.)

Schiele (DNVP): In diesem Jahre sind nur 300 000 Zentner Kartoffeln zu Spiritus verarbeitet worden. Dadurch werden Kartoffeln für die Volksernährung frei gemacht. Infolge der Kälte konnten die Städte nicht beliefert werden. (Zuruf links: Und vorher?) Vorher hatten wir eine mangelhafte Vagerregelung. (Zuruf bei den Komm.: Und jetzt?) Jetzt können die Kartoffeln nicht so schnell aus den Mieten herauskommen. Alle Preise sind gestiegen. Nur der Landwirt soll keine höheren Preise nehmen. Die geringen Böden sind bei der Umlage nicht mehr rentabel. Die Umlage hat dem Volke nicht das Brot gesichert, sondern der Landwirtschaft eine ungeheure Steuer auferlegt und den Brotpreis noch erhöht. Wir verlangen eine vernünftige Brotwirtschaft. Dies haben schon Graf Rautz und der alte Frick gemollt.

Schlein (Komm.): Die Erfüllungspolitik bringt den Hunger. Der Hunger bringt die Streiks, und die schmerzliche Regierung will die Streiks niederschlagen.
Reichsernährungsminister Hermes: Nach dem Stand vom 20. Februar betragen die abgelieferten Getreidemengen 2 250 000 Tonnen. Ich hoffe, daß das ganze Umlage-Soll herein kommt. (Hört, hört! in der Mitte.) Es handelt sich um eine große Leistung der deutschen Landwirtschaft. Das Umlageverfahren ist der erste Schritt zur freien Wirtschaft. Die Landwirtschaft braucht die Bewegungsfreiheit, aber gegenwärtig bei der Ungeklärtheit der außenpolitischen Lage und bei der völligen Ungeklärtheit der inneren Wirtschaftslage kann diese volle Bewegungsfreiheit noch nicht hergestellt werden. Der Streit: Freie Wirtschaft oder Zwangswirtschaft? ist zwecklos und unfruchtbar. Der Abgeordnete Herr sprach von Verzicht der deutschen Regierung auf die Maispolitik. Allein die Angaben und Berechnungen des Abgeordneten Herr sind ja als unzuverlässig bekannt. Auch keine Feststellungen über die Maisverträge können nicht. Es sind Maisverträge über 140 000 Schweine abgeschlossen worden, die in die Großstädte geliefert werden. Das Fleisch wird vornehmlich an Erwerbslose, Kriegsheilbedürftige und Altrentner abgegeben. (Hört, hört!) Der Maispreis ist nachträglich in den Erzeugerländern gesunken. Die Nachforderungen beruhen auf einer ungünstigen Preisentwicklung. Nun zu den allgemeinen Anfragen auf die Maisaktion. Schon im März 1921, also bevor die Anträge erfolgten, hat die Reichsgetreidekasse in einem Rundschreiben an die Kommunalverbände eine Ueberprüfung der ausstehenden Bezugscheine angeordnet. Es hat sich tatsächlich herausgestellt, daß in weitestgehendem Maße über die Richtlinien der Reichsregierung hinaus Maisbezugscheine ausgegeben worden waren. (Lebhaftes Hört, hört!) Ich habe eine Ueberprüfung der Geschäftsgebühren der Kommunalverbände angeordnet. Diese Nachprüfung begann am 3. Mai 1921. In diese Nachprüfung wurden auch die am 2. Juli 1921 von dem Abgeordneten Schmidt-Köpenick zur Sprache gebrachten Unregelmäßigkeiten bei Ausstellung von Bezugscheinen einbezogen. Es wurden Stichproben vorge-

nommen. Tatsächlich sind zahlreiche Mißstände vorgekommen. (Erneutes Hört, hört!) Die Reichsgetreidekasse hat damals auf meine Anordnung eine genaue Nachprüfung aller Kommunalverbände veranlaßt. Von insgesamt 570 Kommunalverbänden sind 336 einer Nachprüfung unterzogen worden. Bei 127 hat sich eine einwandfreie Geschäftsführung herausgestellt, bei 209 jedoch sind Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Ich behauere, daß eine so erhebliche Zahl der mit der Ausgabe der Bezugscheine betrauten Stellen sich nicht an die Richtlinien gehalten hat und die ihnen übertragene Arbeit nicht mit der nötigen Gewissenhaftigkeit ausgeführt wurde. Gegen die Beteiligten wird eingeschritten. Soweit es möglich ist, werden die Scheine tasfisiert werden. Wo schon geliefert ist, wird eine entsprechende Geldleistung an das Reich verlangt. Wenn Scheine von Landwirten auf betrügerische Weise erworben sein sollten, wird Strafanzeige erfolgen. Liegt bewusster Betrug oder fahrlässige Handlung der kommunalen Organe vor, so wird der Kommunalverband haftbar gemacht. — Es wurde dann der Vorwurf erhoben, daß die Mittel von 4,7 Milliarden an und für sich zu beanstanden seien, daß die Käufe zu langsam vorgekommen wurden und dadurch hohe Ausgaben verursacht seien. Die Hereinholung des Mais war schwierig, als durch das Londoner Ultimatum die Bezahlung der am 1. August fälligen Milliarde notwendig wurde. Auch später war die Denksituation nicht günstiger. So haben die bewilligten Mittel von über 3 Milliarden nicht gereicht. Die durch die Zahlungsbedingungen des Londoner Ultimatums verursachten Mehrausgaben erscheinen jedoch erträglich, wenn man die Wirkung auf die Stärkung der heimischen Produktion und die damit verbundene Verbesserung der Ernährung sich vergegenwärtigt. Der Schweinebestand ist gestiegen, obwohl die Schlachtungen im vergangenen Jahre zugenommen haben. So war also die Maisaktion doch nicht ohne Erfolg.

Blum (A.): Die volkswirtschaftlichen Maßnahmen des Ernährungsministeriums waren keineswegs von Miskelhaftigkeit. Das Umlageverfahren freilich ist volkswirtschaftlich unhaltbar.

Die Vorlage wird dem Hauptauschuss überwiesen.

Der Gesetzentwurf zur Förderung des Wohnungsbauens wird in zweiter Lesung nach dem Beschluß des Ausschusses angenommen.

Das Haus verlegt sich auf Mittwoch, 2 Uhr. Vorlage über die Ablieferung von Auslandsdevisen. Reichsmietengesetz. Förderung des Wohnungsbauens. Haushaltsplan. Schluß gegen 7 Uhr.

Verhandlungen über Groß-Hamburg.

Berlin, 22. Februar.
Am Montag, dem 25. Februar, beginnen bekanntlich in Berlin die Verhandlungen zwischen den Vertretern Hamburgs und Preußens über die in jüngster Zeit viel umstrittene Frage der Ausgestaltung Hamburgs. Als Vertreter Preußens nehmen an den Verhandlungen teil:

1. Der frühere Minister a. D. Südekum, der bekanntlich von Preußen zum Kommissar für die Behandlung der Groß-Hamburger Frage seit einiger Zeit bestellt ist;
2. der Staatssekretär im preussischen Staatsministerium, Göhre;
3. der Staatssekretär im preussischen Ministerium des Innern, Dr. Freund;
4. Ministerialdirektor Krohne vom Handelsministerium und
5. Ministerialrat von Loebel vom preussischen Finanzministerium.

Die „Freiheit“ eröffnet die Diskussion über die Groß-Hamburger Frage mit folgenden Worten:

Wir haben verschiedentlich zu den Auseinandersetzungen Preußens mit Hamburg über gewisse Gebietsregelungen, die zur Erweiterung der gänzlichen Rugharmachung des Hamburger Hafengebietes notwendig werden, unsere Meinung zum Ausdruck gebracht. Wir möchten zu den vorstehenden Verhandlungen noch einmal mit aller Bestimmtheit verlangen, daß die zu treffende Entscheidung insbesondere von preussischer Seite nach rein wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gesichtspunkten gefällt werde und daß jeder engherzige Partikularismus ausbleibe. Es wäre eine Schande, wenn ein für Deutschland ein so wichtiger Faktor wie der Hamburger Hafen in der vollen Ausnutzung seiner technischen Möglichkeiten behindert würde durch krämerhaften Gebietschäber. Schließlich ist der Hamburger Hafen keine rein hamburgische, sondern eine deutsche Frage und das Reich wird nicht umhin können, seine besondere Aufmerksamkeit den preussisch-hamburgischen Verhandlungen zu widmen.

Rückgang der Mark.

Berlin, 22. Februar.

Bei Beginn der neuen Woche trat an der New Yorker Börse ein harter Rückgang der Mark ein. Infolgedessen wurden am Dienstag vormittag in Berlin Dollarnoten mit 230 bis 232 gehandelt. Im offiziellen Verkehr an der Börse legte jedoch ein Rückgang ein. Amtlich notierten Kabel New York 220, London 982½, Holland 8525. Am Effektenmarkt legte sich die Haufe fort. Sie erstreckte sich in der Hauptsache auf chemische, elektrotechnische und Maschinenbauaktien. Die Spekulation des inländischen Publikums hat auch wieder sehr stark zugenommen. Außerdem tritt auch das Ausland als Käufer für deutsche Industripapiere auf.

Wirtschaftsbeihilfen den Beamten

usw. an Orten mit besonders schwierigen Wirtschaftsverhältnissen gewährt werden.
Frau Ryneä (Soz.): Das Reichsfinanzministerium hätte besser gehandelt, wenn es bei den Wünschen und Forderungen der Gewerkschaften mehr Verständnis entgegengebracht hätte. Wir richten an das Reichsfinanzministerium das dringende Ersuchen, in der Besoldungsfrage den veränderten Verhältnissen und der wachsenden Teuerung mehr Rechnung zu tragen. Wir wissen, daß das Reich nicht alle Forderungen restlos erfüllen kann, aber die Entlastung der Beamten war und ist berechtigt, weil sie kein Entgegenkommen beim Reichsfinanzministerium gefunden haben. Die Zulagen an die oberen Beamten sind verhältnismäßig hoch. Die hohen Gehälter dürfen unter keinen Umständen noch weiter in die Höhe gehen. Der Finanzminister hat nunmehr eine grundsätzliche Regelung bis zum 1. April zugesagt. Wird das Versprechen nicht gehalten, dann kann es üble Folgen nach sich ziehen. Die widerruflichen Beihilfen können nicht unsere reine Freude finden. Wir behalten uns vor, unsere Stellungnahme im Ausschuss ausführlich darzulegen. Unsere endgültige Zustimmung kann nur unter der Voraussetzung erfolgen, daß die Gehälter der unteren und mittleren Beamten so erhöht werden, wie das den neuen Verhältnissen entspricht. Während wir in der Besoldungsfrage dringend fordern, daß das dringend Notwendige für die notleidende Beamtenchaft geschieht, verlangen wir auf der anderen Seite, daß gegenüber den im Gelde erstickenden Kreisen die Politik der Gehälter aufhöre. Die Verbilligung der Nahrungsmittel durch die oft in die Welt hinausgeschriene Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ist ausgeblieben. Die Milliardenüberschüsse an die kapitalistischen Elemente der Landwirtschaft sind unerträglich. Wir waren immer gegen die überstürzte Aufhebung der Zwangswirtschaft. Die Erfahrungen haben uns recht gegeben. Der Spekulation und dem Wucher sind Tür und Tor geöffnet worden. Nun ist der Brotpreis um 75 Prozent höher geworden, und wir sind glücklich so weit, daß heute amerikanisches Weizenmehl billiger ist als das deutsche Mehl. Ein skandalöser Zustand. Das Umlageverfahren sollte 2½ Millionen Tonnen Brotgetreide einbringen. Bis zum 31. März wird jedoch nur mit einem Quantum 1 180 000 Tonnen gerechnet. Wir wünschen Klipp und klar Auskunft darüber, welche Bezirke noch im Rückstand sind mit der Ablieferung, um wie große Mengen es sich dabei handelt, und wir wünschen ferner Auskunft darüber, welche Strafmaßnahmen in Aussicht genommen sind. Das Volk hat ein Recht auf Klarheit. Die Brotpreissteigerung ist zum großen Teil in die Hände der Leute geflossen, die es in der Kunst der Steuerhinterziehung zu großer Virtuosität gebracht haben. Wir sind der Ansicht, daß geprüft werden muß, ob nicht der Schritt zur Zwangswirtschaft in irgend einer Form notwendig wird. Soweit sind wir nun in den Arbeiterfamilien, daß Mütter den Kindern das Brot vorenthalten müssen. Da gibt es dann noch Leute, die sich wundern, wenn Erbitterung in den Massen herrscht. Wenn die Leute, die sich wundern, gezwungen werden sollten, einige Wochen lang den Versuch zu machen, mit dem Einkommen der Arbeiter eine Familie zu ernähren, dann würden sie bald eines Besseren belehrt sein. Neue

prophezeite, daß die Verabredung von Cannes an der Weltwirtschaft nichts ändern werde, wies auf den englisch-französischen Gegensatz in der Frage der Sachlieferungen hin, konstatierte den Rückgang des englischen Außenhandels und zitierte die Aeußerung eines englischen Politikers, die folgendermaßen lautet:

„Vielleicht kämen wir in England über die industrielle Krise hinweg, niemals aber über den Rückgang des Welt-handels. Wir können diesen Zustand nicht mehr jahrelang aus-halten.“

Endlich stellte er fest, daß auch in Frankreich die Zahl derer steige, die sich für eine Abänderung der Reparationen und für den Wiederaufbau Rußlands einsetzen.

So sorgsam verzeichnet Stresemann die Erfolge der Erfüllungspolitik. Wir müssen demnach bezweifeln, daß er seine Auffassung, diese Politik sei unrichtig, ernst genommen sehen will.

Stresemann meinte, man hätte die Wiedergutmachungsfrage „dilatorisch behandeln“ sollen. Die deutsche Politik, die noch vor kurzem gänzlich machtlos den französischen Forderungen gegenüberstand, war leider dazu ebenso außerstande, wie der Arbeiter, der unter der Kugel des Herrn von Raehne fiel, den Schuß des Wüterichs aufhalten konnte. Es gibt ja Leute, die wünschen, daß Deutschland auch so am Boden läge — dann wären die Eisenbahnen billiger . . .

Aber wenn Stresemann doch meint, man sollte eine Politik der Verzögerung treiben, warum hat er denn diesen Rat nicht dem ihm nahestehenden Fachminister, dem Kabinett Fehrenbach-Simons erteilt? Dieses hat jedenfalls den Ausschub nicht erwirken können, obwohl es sich ganz in die Hände Amerikas gegeben hatte. Es hat ihn nicht erreicht, und das berühmte Kabinett ging, aber ohne Verzögerung im selben Augenblick, als ihm Verantwortung drohte.

Stresemanns Kritik an der Reichsregierung bekommt einen besonderen Beigeschmack dadurch, daß er am Tage vorher auf einem Bezirksparteitag Groß-Berliner Wahlkreise erklärt hat:

„Schon im Dezember wies ich den Reichskanzler und auch Ebert dringend auf die Mißstimmung der Lokomotivführer hin. Es mußte unbedingt etwas geschehen, denn die Lokomotivführer verlangten ja an und für sich nichts Unbilliges. Sie forderten die Differenzierung einer hochverantwortlichen Arbeit. Vergessen wir auch nicht, daß in der Zeit der größten Gefahr, in den Mobilmachungstagen, gerade die Lokomotivführer ein Musterbeispiel treuester Pflichterfüllung gegeben haben. (Beifall.) Nun aber die Regierung! Sie hat außer sich und Ili operiert. Zuerst die Forderungen: „Keine Verhandlungen mit den Streikenden!“ Und der Ebert-Erlaß, auf den der Erzherzog neidisch werden könnte! Und wenige Tage darauf erklärt Wirth: „Mit wem soll ich denn Frieden schließen, wenn nicht mit diesen Leuten!“ und: „Es war ganz gemüßlich bei diesen Verhandlungen!“ Mit diesem Verhalten bricht die Regierung den Gewerkschaftsführern das Rückgrat. Dies Verhalten war der stärkste Stoß, den die Staatsautorität erhalten konnte. Die erste Rede des Reichskanzlers war meines Erachtens nach etwas übertrieben scharf. Unser Fraktionsgenosse Scholz stellte nach ihr in humoristischer Form die Laten Wirths seinen Worten gegenüber. Es war dies keine Kampfansage gegen den Kanzler, aber seine guten Freunde flüsteren ihm ins Ohr: es würde Eindruck machen, wenn er mit großer Geistes vor den Reichstag trete und das Verzeihen verlange. Unser Mißtrauensvotum zielte keineswegs auf eine Beseitigung Wirths ab. Es bezog sich zunächst nicht auf die Gesamtpolitik. Nach der Vertrauensfrage des Kanzlers war eine Wenderung des Votums aber natürlich nicht mehr möglich.“

Stresemann hat Recht. In denselben Tagen, wo Wirth noch verhandelte, schimpfte seine Presse über die Lokomotivführer. Erst nachdem die Reichsregierung dem Streik zum Abschluß verholfen hatte, entdeckte die Volkspartei ihr Herz für die Lokomotivführer. Und jetzt ist gar sie es gewesen, die die Sache der Eisenbahner vertreten hat. Das ist denn doch eine plumpe Verdröhnung der Wahrheit.

Stresemann erklärte als Parteipolitiker, daß seine Partei am Steuerkompromiß festhalte. Bis wann?

Landbündlerfronte.

In Hannover ist der Reichslandbund zu einer Tagung zusammengetreten, deren Verlauf und Tendenz genau der jüngsten Parade des Märkischen Landbundes im Zirkus Busch entspricht.

Die Herren Landbündler erklären erstens, daß sie ein erneutes Umlageverfahren mit allen Mitteln sabotieren wollen, daß sie zweitens der Reichsgetreide-Aktiengesellschaft jede Lieferung verweigern werden und daß sie drittens weit entfernt sind, irgendwelche Besitzsteuern, namentlich auch in der Form der geplanten Zwangsanleihe, zu zahlen. Diese drei Punkte werden in einer dreifach herausfordernden Tonart verkündet, aus der man ohne weiteres erkennt, daß die Herren Landbündler sich auch an etwaige gesetzliche Bestimmungen so wenig als möglich kehren werden. So heißt es beispielsweise in der Entschließung gegen das Steuerzahlen:

„Wird das willkürliche Verfahren (!) zahlreicher Finanzämter fortgesetzt, so sieht die Landwirtschaft sich gezwungen, die härtesten Mittel anzuwenden, um die Willkür (!) auszuschalten und eine gerechte Besteuerung zu erzielen.“

Dann wird etwas vom „Wiederaufbau“ und der notwendigen „nationalen Einheitsfront“ gesehelt. Die Einheitsfront der Landbündler sieht folgendermaßen aus:

Zieferstreik, Steuerstreik, Wucherfreiheit.

Die Klassenscheidung in der Landwirtschaft.

Von Bernh. Schildbach, M. d. L.

Wenn Marx die Kriege Lokomotiven der Weltgeschichte nennt, so trifft das bezüglich des Weltkrieges in ganz besonderem Maße zu. Anfang des vorigen Jahrhunderts haben in Deutschland die Kriege im Gefolge der großen französischen Revolution dem Bürgertum den Weg zur kapitalistischen Entfaltung gebahnt, den Adel in seinen politischen Rechten beschränkt, die Zahl der Fürsten verringert, aber auch ihre Macht erweitert. Nur eines ist weder diesen Kriegen noch

den revolutionären Bewegungen, die folgten, gegliedert: Die Befreiung des Bauernstandes aus den Fesseln des Feudal-systems.

Vor den Befreiungskriegen sollte in Preußen die Befreiung der Bauern beginnen. Die Junker widerstrebten sich und erreichten, daß 1816 das Edikt von 1811 weitestgehend ein-geschränkt wurde. Das Resultat der ganzen Aktion war schließlich, daß der grundbesitzende Adel in seiner beherrschenden Stellung wirtschaftlich neu gestiftet dastand. Mindestens eine Million Hektar Bauernland ging damals in den Besitz der preußischen Junker über. Das östliche Preußen entblökte sich, die proletarisierten Bauern waren gezwungen, in die Städte zu ziehen oder ins Ausland abzuwandern. Auch die Revolution von 1848 hat wenig zur Befreiung der Bauern beigetragen. Kleine Anläufe in der Gesetzgebung wurden, insbesondere in Preußen, in der nachfolgenden Reaktionsperiode bald wieder beseitigt. Das erdrückende wirtschaftliche und politische Uebergewicht der Großagrarien ließ keine klassenbewußte Bauernbewegung aufkommen.

Wenn nicht aus politischen Gründen — Abwehr der Polonisierung — Einhalt geboten worden wäre, dann wäre in den Gefilden des ostelbischen Großgrundbesitzes der Bauernstand völlig ausgerieben worden. Die Bevölkerung östlich der Elbe ist vor dem Weltkriege geringer gewesen als 1871, trotzdem Deutschlands Bevölkerung in dieser Zeit um 30 Millionen größer geworden war. Oberflächliche Beurteiler mögen daraus den Schluß ziehen, daß der Bauernbetrieb sich gegen den landwirtschaftlichen Großbetrieb eben nicht halten könne. Das ist unrichtig. Das Gegenteil ist der Fall. Die ostelbischen Großagrarien haben mit allen Mitteln es zu verhindern gewußt, daß sich neben ihnen ein selbständiger Bauernstand entwickeln konnte. Sie hatten es in der Hand, denn sie besaßen das Land und die politische Macht. Der Landbesitz war ihnen gesetzlich gesichert (Fideikommiss), seine fortgesetzte Ausdehnung erleichtert, während das Bauernland diesen Schutz nicht besaß. Wo aber der Bauernbetrieb mit dem landwirtschaftlichen Großbetrieb in Wettbewerb treten konnte, hat er allenthalben seine Ueberlegenheit gezeigt. Wir verweisen auf Bayern und Württemberg. In diesen Ländern konnte der Großgrundbesitz keine dominierende wirtschaftliche Stellung erlangen und deshalb auch seine politischen Vorrechte nicht so rücksichtslos ausnützen wie in Preußen. Während im Reichsdurchschnitt von der landwirtschaftlich benutzten Fläche 51,5 Proz. auf Betriebe über 20 Hektar entfallen, kommen in Preußen auf diese Großbetriebe 59,4 Proz. der Fläche, aber in Bayern nur 31,0 Proz. und in Württemberg gar nur 19,6 Proz. In Bayern haben die leistungsfähigen Bauernbetriebe in der Größe von 5 bis 20 Hektar von 1882 bis 1907 eine Zunahme von 16 654 erfahren, die Zahl der Großbetriebe über 20 Hektar ist in der gleichen Zeit um 4565 zurückgegangen. In Württemberg steht der Abnahme der Großbetriebe von über 20 Hektar um 1038 eine Zunahme der Bauernbetriebe (von 5 bis 20 Hektar) von 2402 gegenüber.

Die Entvölkerung der Gegenden mit überwiegendem Großgrundbesitz ist keine Erscheinung, die für die Ueberlegenheiten der landwirtschaftlichen Großbetriebsform spricht. Denn mit der Abnahme der Bevölkerung wurde die Landarbeiterfrage immer akuter. Die Großbetriebe wären samt und sonders zusammengebrochen, wenn sie nicht jährlich über rund 1/2 Million billiger, auf niedrigerer Kulturstufe stehender ausländischer Wanderarbeiter (Polen, Galizier, Ruthenen) zur Verfügung gehabt hätten. Heute, wo das nicht mehr möglich ist, wo deutsche Landarbeiter zu einigermaßen anständigen Löhnen beschäftigt werden müssen, könnte sich der Großbetrieb gegen die scharfe Konkurrenz des Bauernbetriebes gar nicht mehr halten — wenn wir normale Marktverhältnisse hätten, wenn die Einfuhr von Nahrungsmitteln wie früher möglich wäre. Das wissen die Großagrarien ganz genau. Deshalb suchen sie jetzt wieder aus der Not des deutschen Volkes Kapital zu schlagen.

Unter dem heuchlerischen Vorwand einer „Rettungsaktion der Landwirtschaft“ versprechen sie, die am Gegenteil das stärkste Interesse haben, die Nahrungsmittelproduktion zu heben, Deutschland von der Einfuhr ausländischer Lebensmittel unabhängig zu machen. Ein Ziel aufs innigste zu wünschen! Aber warum geschah das nicht schon längst? Wenn es möglich ist — und wir halten es durchaus für möglich — warum ließ man das deutsche Volk sechs Jahre lang hungern?

Ganz einfach: die, die es versprechen, die Großagrarien können es nicht! Und der Bauernstand, der es könnte, dem fehlt es an Land, das der Großgrundbesitz nicht hergibt. Es wird also aus der Rettungsaktion zunächst einmal nichts werden. Die großagrarischen Schreier wollen ja auch nur „retten“ unter bestimmten Bedingungen. Diese Bedingungen hören sich in ihrer geschliffenen Verkaufsliteratur ganz harmlos an. Sie zielen aber auf nichts mehr und nichts weniger als auf eine Rettung des Großgrundbesitzes ab: keine Steuern! keine Landabgabe!

Keine neuen Steuern für den Großgrundbesitz! Die Gefahr liegt sehr nahe, daß der Großgrundbesitz verhältnismäßig ebensoviel Steuern zahlen muß, wie der Bauer. Vielleicht wird man aus volkswirtschaftlich sehr zwingenden Gründen sogar dazu übergehen, eine progressive Steigerung in der Grundsteuer von 20 Hektar ab vorzunehmen — ein sehr heilsames Mittel, um die Landabgabe an landarme Bauern zu erreichen.

Keine Landabgabe! Die Siedlungspolitik fürchten die Großgrundbesitzer am allermeisten. Würden die Siedlungsgesetze konsequent und energisch durchgeführt, dann wäre ihre letzte wirtschaftliche Position, die sie weitlich politisch auszunützen verstanden, verloren. Bis jetzt sind sie der Gefahr noch Herr geworden. Sie haben die Siedlungsbemühungen sabotiert und haben den Bauern vorgeschwindelt, auch ihr Land werde weggenommen und aufgeteilt. Aber die Bauern parieren der großagrarischen Führung nicht mehr, namentlich die Kleinbauern, die zur eigenen Bewirtschaftung nicht genug Land haben und deshalb bei den Großgrundbesitzern Lohnarbeit annehmen mußten, erkennen jetzt endlich, daß die landwirtschaftlichen Organisationen unter großagrarischer Führung nur die Geschäfte der Standesherrn und Fideikommissbesitzer besorgt haben. In den Landbünden und den alten landwirtschaftlichen Organisationen kriecht es bereits. Alle Bewirtschaftungsversuche der großagrarischen Führer, sich nicht von den „roten“ landwirtschaftsfeindlichen Regierungen durch Landgesetze u. dergl. „verführen“ zu lassen, fruchten nichts mehr. Die Kleinbauern fangen an, ihre In-

teressen selbständig zu vertreten. Die Klassenscheidung in der Landwirtschaft setzt ein: Sie Großgrundbesitzer, die Bauernschaft! Die Sozialdemokratie braucht sich nicht zu entscheiden, auf welcher Seite sie im Kampfe stehen will. Sie hat die Auflösung der Fideikommiss und die Aufteilung des Großgrundbesitzes nach dem Gesichtspunkte der rationalen Bewirtschaftung am Tage der Revolution eingeleitet und muß das begonnene Werk fortführen. Umso besser, wenn die Bauern aktiv mittätig werden.

Volkswirtschaft.

Der Kampf um das Bankgeheimnis.

Durch die Kapitalflucht-Gesetzgebung vom September und Oktober 1919 ist das Bankgeheimnis aufgehoben und der Zwang eingeführt worden, daß Kupons von Wertpapieren nur durch die Banken eingelöst werden dürfen, bei denen die Wertpapiere hinterlegt sind. Dieser Zustand bestand früher nicht. Jeder konnte mit seinen Wertpapieren machen, was er wollte und die Kupons einlösen lassen, wo es ihm beliebte. Auskunft über einen Kunden zu geben, war die Bank der Steuerbehörde gegenüber nicht verpflichtet. Auch nicht, wie fälschlicherweise vielfach geglaubt wird, im Steuerermittlungsverfahren. Erst im Strafverfahren dem Richter gegenüber, mußte die Bank die verlangten Angaben machen. Das ist durch die Kapitalflucht-Gesetzgebung wesentlich anders geworden: Heute müssen die Banken Verzeichnisse ihrer Kunden einreichen, und die Finanzämter können jederzeit, auf Grund dieser Verzeichnisse, Stichproben unternehmen, zu deren Durchführung die Banken ihnen jede verlangte Auskunft geben müssen.

In der Zeitungsöffentlichkeit, im Reichstag und im Reichswirtschaftsrat ist nun versucht worden, wieder das frühere Verhältnis herbeizuführen. Begründet werden diese Versuche vor allem mit der zweifellos richtigen Behauptung, das Milliarden von Mark, die früher den Banken und Sparkassen zugesprochen seien, nunmehr in allen möglichen Verstecken zu Hause aufbewahrt und somit ebenfalls der Steuerveranlagung entzogen würden. Dieser Umstand trage sehr viel zu der in ländlichen Kreisen herrschenden Kreditnot und dazu bei, daß für fast verzinsliche Rentenpapiere kaum noch ein Anlagemarkt vorhanden sei.

Im finanzpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates war nun kürzlich mit einer Zufallsmehrheit die Aufhebung des Depotzwanges beschlossen, die Wiedereinführung des Bankgeheimnisses indes abgelehnt worden. In der Plenarsitzung des Reichswirtschaftsrates hat man zwar diesen zweiten Beschluß gebilligt, den über die Aufhebung des Depotzwanges aber wieder rückgängig gemacht. Dieser Beschluß wurde damit begründet, daß die Frage des Depotzwanges und die der Aufhebung des Bankgeheimnisses nicht von einander getrennt werden könnten. Denn es ist ganz klar, daß die Aufhebung des Depotzwanges, der es jedermann ermöglicht würde, seine Wertpapiere bei sich zu behalten und die Kupons bei irgend einer Bank einzulösen, die Wirkungen der Aufhebung des Bankgeheimnisses illusorisch machen müßte. In diesem Falle hätten die Banken den Finanzämtern nicht mehr allzuviel mitzuteilen. Aber noch ein anderer, äußerst wichtiger Grund wurde erwähnt, der es unmöglich macht, jetzt an einen Abbau der Kapitalflucht-Gesetzgebung heranzutreten. Es versteht sich von selbst, daß die Entente sorgfältig die Finanzgebarung der deutschen Republik beobachtet und, im Interesse der Reparationsleistungen, Wert darauf legt, daß keine gesetzgeberischen Maßnahmen unterbleiben, die die Steuerflucht einzudämmen vermögen. Auch in mehreren Ententeländern (besonders in Frankreich) besagt sich die Gesetzgebung mit der Verhinderung der Kapitalflucht und der Steuerhinterziehung. Es ist daher auch aus außenpolitischen Gründen nicht daran zu denken, hier die Zügel zu lockern.

Wiedermärkte.

Hamburg, 21. Februar.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtwiehmärkte, wird uns mitgeteilt:

Kälbermarkt.

Preis für 100 Pfund Lebendgewicht

Doppellender	1900—2300 Mk.
1. Qualität Kälber	1500—1700 „
2. Qualität	1200—1400 „
3. Qualität	800—1000 „
nüchtern Kälber	850—950 „

Zufuhr: 1750 Kälber. Der Handel verlief lebhaft bei erhöhten Preisen.

Schweinemarkt.

Preis für 100 Pfund Lebendgewicht

beste, schwere, reine Ware über 250 Pfund	1900—2000 Mk.
mittelschwere Ware, über 220 Pfund	1800—1900 „
gute, leichte Ware von 180 bis 220 Pfund	1700—1800 „
geringere Ware	1400—1600 „
beste Sauen	1700—1800 „
geringere Sauen	1400—1600 „

Marktzufuhr: 5000 Schweine. Der Handel verlief ebenfalls lebhaft bei erhöhten Preisen.

Devisen-Kurse.

Berlin, 22. Februar.

Amthliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		21. Febr.	20. Febr.
Amsterdam	100 fl.	8516,45	8166,80
Büssel (Antwerpen)	100 Frs.	1933,05	1903,05
Kristiana	100 Kr.	3796,20	3676,90
Kopenhagen	100 Kr.	4655,80	4485,50
Stockholm	100 Kr.	5924,05	5684,80
Helsingfors	100 finn. Mk.	451,50	431,55
Rom	100 Lire	1108,85	1093,90
London	1 £	981,50	951,50
New York	1 Doll.	219,78	216,53
Paris	100 Frs.	2007,95	2007,95
Zürich	100 Frs.	4270,70	4255,70
Madrid	100 Pesetas	3471,50	3466,50
Wien	100 K.	4,18	4,33
Budapest	100 K.	82,56	82,86
Prag	100 K.	407,55	405,55

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freiheit Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Interests Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Altona.

Bekanntmachung.
Da das Eis auf der
Bathen nicht mehr
haltbar ist, wird das Be-
treten desselben hiermit
verboten. (18880)
Lübeck, 21. Februar 1922.
Das Polizeiamt.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verb.**
(Verwaltungsstelle Lübeck).
Am 18. Febr. starb
unser Kollege, der
Schlosser (18887)
Heinrich Querturth.
Seine
feinem Andenken!
Die Beerdigung
findet am Freitag,
dem 24. Februar,
vormittags 10 1/2 Uhr
auf dem Ehrenfried-
hof statt.
Bez. 46.
Die Ortsverwaltung

**Verband
der Fabrikarbeiter
Deutschlands.**
Verwaltungsstelle Lübeck.
Distrikt Schlutup.
Nadaruf.
Am 19. Februar
starb unser Mitglied
die Kollegin
Katharina Freitag.
Ihre (18894)
ihrem Andenken!
Die Beerdigung
findet am Donner-
stag, dem 23. Febr.,
mittags 1 Uhr, vom
Sterbehause, Neu-
straße 16, aus statt.
Die Orts- und Distrikts-
verwaltung.

Nachdem wir nunmehr
auch unsere liebe Tochter
Marie zur letzten Ruhe
gebetet haben, wollen
wir allen denen, die den
Sarg so reich mit Kran-
zen geschmückt haben
und ihr die letzte Ehre
erweisen, an dieser Stelle
unsern Dank ausspre-
chen, insbesondere Dank
Hafemann für seine trö-
stlichen Worte am Grabe
unserer Enkelkinder.
Schlutup, 20. 2. 22.
Soubienstr. 15.
Heinr. Eckmann, Frau
und Töchter,
Fr. Vitense. (18895)

Tagesmädchen
ge sucht. (18878)
Friedenburger 22. u. 1 D.
Morgensmädchen und
Laufrädchen gesucht
(18882) Gr. Burgstr. 46. 1

**Ein Zeitungs-
vertreter**
zu sofort gesucht.
„Lübecker Volksbote“,
Johannisstraße 46.

1 1/2 Schl. eis. Bettst. mit
Espiralf. u. Auflegematt.
(18886) Klosterstr. 17. III.
Herrenfahrrad bill. z. v. f.
(18889) Wahnstr. 48. I.
1 gut erh. Herrenmantel
zu verkaufen (18888)
Wafenisstraße 88/60.
Rehpinischer zu verkaufen
(18885) Wiedenstr. 55. II.
Ein Haus zu kauf. gesucht.
Angeb. unt. K W an die
Exp. d. Bl. (18376)

1 gut erh. Puppenwagen
zu kauf. gef. Ang. m. Br.
u. K R an die Exp. (18367)
Eine kleine geb. Schrot-
mühle zu kaufen gesucht.
Angeb. m. Preis u. L 11
an die Exp. d. Bl. (18369)
S. S. u. D. Mast. v. 15 an
(18378) Klappenstr. 14a. I.
Brieftasche verl. G. a. Bel.
abzug. Bedergrube 62. vt.
(18368)

1 Brieftasche gef.
Abzug. zwisch. 4 u. 7 Uhr.
(18365) Georstr. 26.
Meine Frau war
über 50 Jahre
m. einer höchst
Flechte
Schaffet
sein geheiltes Flechten
hatte sie auf dem Leibe.
Durch Zucker's Patent-
Medizinal-Seife wurden
die Flechten in 8 Wochen
beseitigt. Diese Seife ist
Tausende wert. G. B. D. D. D.
Zucker-Creme, nicht färbend
und fettlos. In allen
Apotheken, Drogerien und
Parfumerien erhältlich.
(18366)

+Magerteit+
Schöne volle
Körperformen
durch unser
„Beger“ Kraftbräu
in 8 bis 10 Wo-
chen bis 30 Pf. Zu-
nahme. Gar-
rant unerschütterlich. Kräftlich
empfohlen. Streng reell!
Nur in den besten. Preis
Karton mit Gebr.-Bism.
Mk. 18.—. Porto extra.
Alleinige Niederlage:
Adler-Apotheke,
Lübeck, Ob. Mengstr. 10.
(18362)

Quecksilber
jedes Quantum, samt
Pfandhaus
Huxstr. 113.

**Achtung,
Sparklubs!**
Sparkassen-
Bücher
in übersichtlicher An-
machung vorrätig in der
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Ia. Preßtorf
in jeder Menge sofort lieferbar.
Preis ab Lager Mk. 22.—
frei Haus „ 26.—
Wullbrandt & Co.
G. m. b. H.
Lager: 2. Wallstraße 35 und Kanalstr. 3-5.
(18883) Fernsprecher 3487.

Glodengießerstraße 61.
Zähle die höchsten Preise. (18863)
für **Eumpen, Eisen, samt. Metalle,**
Papier, Zigaretten, Zelle, Haare usw.
Fr. Erdmann, Fernruf 2751.

Wir zahlen
für (18372)
Papier
Eumpen
Kartoffelschalen
erhöhte Preise
Abholer bereit!
Gemeinnützige
Brodennamung
Salzpecher.
Fernruf 8718.

Paul Levi:
Unser Weg.
Wider den Bulschismus
4 Mark.
Buchhandlung
Fr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Spez. Verlobungsringe
883,585 750
u. 600 gef.
**Schmuck-
fachen.**
Taschen- u. Weckuhren
Willi Westfahling
32 Golden-
straße 32

**Giedlung und
Kleingarten.**
Vierseitige Zeitung in Kupfer-
stichdruck, reich illustriert, mit
praktischen Erläuterungen für
Kleingarten und Siedlung.
Erscheint alle 14 Tage. Be-
zugspreis für die Volksboten-
leser monatlich nur sechzig
Pfennig.
Auch im Einzelverkauf im
Lübecker Volksboten.

Wir zahlen
für (18372)
Papier
Eumpen
Kartoffelschalen
erhöhte Preise
Abholer bereit!
Gemeinnützige
Brodennamung
Salzpecher.
Fernruf 8718.

**Früh geräumerte
Büchlinge**
Paul Lohrmann
18891 Hundestr. 95.

Leder
Lederabschnitt
Ersatzsohlen in halt-
baren Fabrikaten
Alle Schuhmacher-Artikel
C. Grimm Nachf.,
Lederhandlung und
Schuhfabrik. (18-58)

Glas
scheiben
aller Art, Kitt,
Glaschneider
Bilderleisten
etc. (1835-)
Oscar Tauchnitz, Glashöl.
Fleischhauerstr. 35 F. 2808

**Konfirmanden-
Aussteuer**
kaufen Sie am besten schon jetzt
bei mir, da ich noch große Bestände
zu billigen Preisen habe, einige
Beispiele: (18892)

Schwarz, Kleiderst. 23	39.50
Bwl. Muffelin, hübsche Muster	29.50
Satin, Dirndel	35.—
Korsetts, . . . 59.—, 85.—,	27.—
Untertaille, . . 28.—, 18.50,	16.50
Bunte Wienerchürzen, extra weit	59.50
Weisse Ländelschürzen . . .	9.95
Wienerchürzen, 29.50,	21.50
Strümpfe, engl. lang, 19.95, 15.95,	10.95
Kleiderchotten, . . . 59.50,	35.—
Anzüge für Konfir- manden, 695.—, 450.—,	395.—
Vorhemde mit Kragen . . .	16.50
Strickbinder, hübsche Muster, Hüte . . 108.—, 79.50, 59.50, 85.—	25.—

Extra-Angebote aus
meinen Lagerbeständen:
1 gr. Post. Handtuchstoff,
besonders schwer, 16.50
Bwl. Blusenblende 19.50
Reinwollener Flanell gr. . . . 79.50
Kleiderdruck 29.50
Reinwollene Herrenhemden
weiß 195.—
Normalhemden . . . 79.50, 78.—
1 gr. Post. Herren-Socken . . 4.95
1 „ „ Zwirnsocken, 129.—, 79.50
Gardinen, . . . 26.50, 18.50, 9.95
Herren-Anzüge, modern,
705.—, 595.—
Reichsanzüge, . . . 300.—, 275.—
Knabenanzüge 195.—, 165.—, 99.50
Gummimäntel 595.—, 495.— Gummischlupfer 1150.—
Lodenjoppen . . . 195.—, 150.—
Wachjoppen 195.—, 125.—, 95.—

Handpoppenspeele
De Speeltid ward verlängert
bit to'n Sündag.
Sünabend ward blois am Nahmiddag speelt,
mit jeden Dag klok 4 u. 8. Korton sind to
hebben bi Ernst Robert un anne Kassen.
(18879) **Kasper.**

Bekanntmachung.
Wir sind gezwungen, ab 20. Febr.
unsere Preise zu erhöhen.
Schuhmacher-Zwangsinnung.
NB. Für unsere Mitglieder Richtige an be-
kannnten Stellen. (18884)

Wiener Schirm- u. Stock-Reparatur-Werkstatt
— Neuzeichnen von Schirmen billigst. —
Kurze Lieferungszeit. (18857)
Rich. Rosenthal, Wahnstraße 71.

ERICH KUTNER
MOL
**Warum
versagt die Justiz?**

Zu beziehen durch die
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Zentral-Theater.
Johannisstr. 25. Fernruf 1359.
Gewalt gegen Recht.
Sensations-Schauspiel in 5 Akten.
Dieser Film zeigt das schwindelhafte Gräu-
bertum hinter den Kulissen. Fauler Aktienge-
schaft; Beisechtungsversuche bei Sachverständigen;
Verruch im Großen; der Minister zum Vorhänge-
den geföhrt; der Staatsanwalt im Aufschütter;
vor Mord wird nicht zurückgeschreckt; die Kleinen
hängt man, die Großen läßt man laufen usw.
Das Ganze ist ein großartiger Einblick in
verschiedene moderne Kongerne. Jeder soll sich
den Film ansehen. Gute Darsteller, wie Erna
Bognar, Ernst Stahl-Nachbar und eine gute
Ausstattung machen dies Werk vollkommen.
Außerdem:
Eva, die Sünde.
Sittenfilm in 4 Akten.
Dieser Film ist in der Schweiz in der Um-
gebung des St. Gotthard bei herrlicher Winter-
pracht aufgenommen. Eva ist die Sünde, die in
die Welt gekommen ist, um zu verderben. Die
Idee wird meisterhaft von allen Darstellern wie-
dergegeben. Die fein gespielte, äußerst spannende
Handlung zwingt den Besucher zum andächtigen
Bewundern. (18898)

Mein Freund, der Maharadscha.
Lustspiel in 3 Akten.
Spielzeit ununterbrochen von 4-11 Uhr.
Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Sonntag ab 2 Uhr Kindervorstellung.

Lübed. Genossenschaftsbüderei
Einladung zum
33. Stiftungsfest
am Donnerstag, dem 23. Febr. 1922
im **Gewerkschaftshaus.**
Mitwirkende: Fr. Kehrbaach,
Herr Heimberg (Tenor)
Mitglieder des Stadttheaters,
und der Chorverein Lübeck.
Lokalöffnung 6 1/2 Uhr, Anfang 7 Uhr.
Eintritt Mk. 8.—, Steuer Mk. 2.40,
gültig für 1 Herrn und 1 Dame.
18871) Der Vorstand und der Aufsichtsrat.

Adlershorst. Jeden Donnerstag:
BALL.

Hodermann.
Morgen Donnerstag (188-8)
Gr. Extra-Konzert
mit verstärktem Orchester unter Lei-
tung des Kapellm. Loretto, u. a.
Darstellung der bekannt. Kompositionen.
Anfang 4 Uhr. Ende 12 Uhr.

Achtung!
**Fabrikarbeiter-
Verband.**
(18895)

Die Anzahlung für
die am letzten Zustand
am Hochofenwerk be-
reiligten Mitglieder
findet am Donnerstag,
dem 23. und Freitag,
dem 24. Februar, an
beiden Tagen, vor-
mittags von 9-1 Uhr
und nachmittags von
4-6 Uhr in unserm
Bureau statt.
Die Ortsverwaltung.

Trocadero
Schüsselbuden 4.
Tel. 787. (18390)
T ä g l i c h
die beliebtesten
**Weberus-
Konzerte.**

Hansatheater.
Heute Mittwoch
(18870) 7 1/2 Uhr:
Jubiläumsvorstellung
Zum 15. Male
Die spanische Nachtigall
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Er und seine Schwester.
Sonabend, 25. Februar
Anfang 7 Uhr
Zum ersten Male:
Der letzte Walzer.

Stadtheater Lübeck
Mittwoch, 22. Febr. 7.30
Zum letzten Male:
Figaros Hochzeit.
26. Ab.-Vorst. Bäst. C.
Donnerstag, 23. Febr. 7.30
Bohème. (18881)
27. Ab.-Vorst. Bäst. C.
Freitag, 24. Febr. 7.30
Gailsp. Eva-Alice Gross
Die Ballerina des
Königs.
27. Ab.-Vorst. Bäst. C.
Sonabend, 25. Febr. 7.30
Zar u. Zimmermann.
13. Vorst. L. Sonnab. 2.

Voranzeige:
Montag, 27. Febr. 7.30
6. Sinfonie-Konzert.
Solistin: Frau Greis
Stückgold, Wüngen.

Ein Schlager
sind meine **Ledersohlen**
Nur nachweislich erstklassige
Fabrikate kommen zur Verarbeitung und zum Ausschnitt
trotz des enorm billigen Preises.
„Reform“, Schuh-Reparatur und -Stepperei
Robert Jentzen
Telephon 2873. 50 Huxstraße 50.

Masten toffüme
zu vermieten. (18826)
WILL,
Regidienstraße 40.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 22. Februar.

Unangebrachte Entrüstung.

Im „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ wird auf die bekannte Tatsache hingewiesen, daß die KPD. mit russischem Gelde finanziert wird, während deutsche Arbeiter aus ihren karglichen Mitteln die Hungernden in Rußland unterstützen. Auf Grund dieser Tatsache hat jüngst der Ortsauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in einem Aufruf zur Hilfeleistung für die Hungernden Rußlands den kommunistischen Parteimitgliedern den Rat gegeben, auf ihre Parteileitung einzuwirken, daß sie auf die russische finanzielle Hilfe zu verzichten, während die russische finanzielle Hilfe zu akzeptieren. Die Antwort der „Hamburger Volkszeitung“ war eine wüste Schimpferei. Wenn man könnte, würde man überhaupt die Finanzierung der KPD. mit russischem Gelde bestreiten. Aber die Tatsachen, die kostspielige Presse, Flugblätter und Versammlungsagitation, die aus eigenen Parteigeldern gar nicht bestreiten werden kann, sprechen doch zu deutlich für die russische finanzielle Hilfe. Die „Kote Fahne“ — sie ist einmal ehrlich — hat denn auch in einer Abhandlung über „Neue Enthüllungen“ nicht in Abrede gestellt, daß die kommunistische Partei von Rußland unterstützt wird. Sie sagt ausdrücklich: „Um dieses Ziel (ein proletarisches Bündnis mit der russischen Sowjetrepublik) möglichst schnell zu erreichen, unterstützt die Exekutive der kommunistischen Internationale die ihr angeschlossenen Sektoren in allen Ländern auch in finanzieller Hinsicht.“

Dann steht fest, daß die russische Sowjetrepublik noch über genug Geld verfügt, um die kommunistischen Parteien anderer Länder, auch die KPD., finanzieren zu können. Russische Gelder werden mit verwendet zur Bekämpfung der deutschen Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Was liegt näher, als daß auch die kommunistische Presse, die mangels einer ausreichenden Abonnentenzahl und zu geringer Inseratumsnahme durch Inserenten trotz Zulassung erfordert, an der russischen Finanzierung der KPD. mit profitiert?

Kaufmanns- und Gewerbegericht.

Wichtige Änderungen bei Klagen.

Seit dem 1. Februar sind wiederum verschiedene Änderungen am Gewerbe- und Kaufmannsgericht in Kraft getreten, von denen die wichtigsten kurz erwähnt sein sollen.

Für Arbeiter gibt es ja bei irgend einer Klage vor dem Gewerbegericht keine Lohnsenkung. Betriebsbeamte, Werkmeister usw., sowie Handlungsgehilfen konnten Klagen nur einreichen, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst 30 000 Mk. nicht übersteigt. Dieser Betrag ist jetzt auf 100 000 Mark erhöht worden. Weiter ist das Gewerbe- und Kaufmannsgericht jetzt auch zuständig für Streitigkeiten, die dadurch entstehen, wenn der Arbeitgeber unrichtige Auskünfte erteilt. Streitigkeiten über Ansprüche aus der sogenannten Konkurrenzklausel werden jetzt ebenfalls vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht ausgetragen.

Das Wahlrecht und die Wählbarkeit zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht ist den Forderungen der neuen Zeit angepaßt worden. Für das Wahlrecht und für die Wählbarkeit gelten nun auch hier die gleichen Bestimmungen wie bei den politischen Wahlen.

Gewerkschaftsangestellte dürfen in Zukunft als Vertreter nicht mehr zugewiesen werden. Die betreffende Bestimmung lautet:

„Rechtsanwälte werden als Prozeßbevollmächtigte oder als Beistand vor dem Gewerbegericht nicht zugelassen. Das Gleiche gilt von Personen, die das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben. Zugelassen werden dagegen Vertreter von Vereinigungen, von Arbeitgebern oder Arbeitern, insbesondere Gewerkschaftsbeamte, soweit sie für Mitglieder der vertretenen Vereinigung auftreten und nicht außer für die Vertretung

oder ihre Mitglieder auch für andere Personen vor Gericht gegen Entgelt tätig werden.“

Die Berufung gegen Urteile des Gewerbegerichts ist von jetzt ab nur zulässig, wenn der Wert des Streitgegenstandes 5 000 Mk. übersteigt. Beim Kaufmannsgericht beträgt die Berufungsgrenze 6 000 Mk.

Die Höhe der Entschädigung der Beisitzer soll durch örtliche Bestimmungen festgelegt werden. Außerdem soll der Unterschied zwischen der Entschädigung und dem entgangenen Lohn ersetzt werden. Eine Zurückweisung der Entschädigung soll unzulässig sein.

Im einzelnen sind diese Bestimmungen, die unzweifelhaft einen großen Fortschritt bedeuten, im Reichs-Gesetz-Blatt vom 17. Januar veröffentlicht worden.

Erhöhung der Bestattungsgebühren.

Die nach Aufstellung des Voranschlages für das Rechnungsjahr 1922 erfolgten Erhöhungen der Gebalte und der Löhne sowie die eingetretene weitere Steigerung der Preise für alle Gegenstände des täglichen Bedarfs, namentlich auch für Materialien, haben zur Folge gehabt, daß die für 1922 ursprünglich auf 2 149 559,77 Mk. veranschlagten Ausgaben der Friedhofsbehörde nach dem jetzigen Stande der Preisverhältnisse auf 3 617 917,35 Mk. geschätzt werden müssen. Eine Herabminderung der Ausgaben war nicht zu erreichen. Um den Voranschlag ins Gleichgewicht zu bringen, bleibt trotz schwerwiegender Bedenken gegen eine so starke weitergehende Verteuerung der Bestattungsweltens nur der Weg übrig, die Einnahmen durch Erhöhung der Gebühren auf den Betrag zu bringen, daß sie zur Deckung der Ausgaben ausreichen. Die Gebühren des durch Rat- und Bürgerentschluß vom 30. Juni 1915 ursprünglich festgesetzter Gebührentarifes müssen dafür durchweg auf das Doppelte erhöht werden. Einige Ausnahmen müssen gemacht werden. So kann die Gebühr für Harmoniumspiel nicht höher als auf 50 Mk. und die für das Glockenläuten nicht höher als auf 40 Mk. hinaufgesetzt werden, um nicht zu bewirken, daß diese Leistungen nur noch in Ausnahmefällen beachtet werden. Die Gebühren für Bestattung von Leichen und für vorläufige Beisetzungen sollen auf den fünfzehnfachen Betrag der Friedhofsgebühren erhöht werden. Die Aufnahmegebühr für Einäscherungen richtet sich nach dem jeweiligen Kohlenpreis. Für 1922 ist sie mit 400 Mk. vorzusehen. Die unter § 41 Ziffer 5 aufgeführte Gebühr für die Erlaubnis zur Errichtung von Denkmälern, zur Herstellung von Grabinschriften und Grabstätten oder zur Ausmauerung von Gräbern, die schon jetzt 20 vom Hundert des Wertes betragen, gegen ursprünglich 10 vom Hundert, kann nicht weiter hinaufgesetzt werden, da sie schon in dieser Höhe von den beiläufigen Kreisen als zu hoch empfunden wird, zumal noch besonders ins Gewicht fällt, daß die Abgabe schon mit der Wertbestimmung der Denkmäler von selbst gegen früher eine beträchtliche Erhöhung erfahren hat.

Schließlich hat die Friedhofsbehörde noch in Aussicht genommen, als neu hinzuzukommende Einnahme für Zulassung von Trauergefangen bei Trauerfeiern in den Kapellen, der Trauerhalle des Krematoriums, in den Leichenhallen oder am Grabe künftig eine Gebühr zu erheben in Höhe von zehn vom Hundert der den Ausführenden gemächerten Vergütung.

Nach Maßgabe dieser Erhöhungen ist der hierbei vorgelegte Voranschlag der Einnahmen der Friedhofsbehörde für das Rechnungsjahr 1922 aufgestellt worden, der mit einer Gesamteinnahme von 3 650 270 Mk. abschließt.

Um aber den wirtschaftlich Schwachen entgegenzukommen, hat die Friedhofsbehörde die Genehmigung beantragt, ihr die Befugnis zu erteilen, auf Antrag die Gebühren der Bestattungsklasse V bis auf $\frac{1}{4}$ der Höhe herabzusetzen, wenn die Vermögensverhältnisse des Zahlungspflichtigen durch besondere Umstände (z. B. Krankheit, längere Arbeitslosigkeit, Unfälle usw.) erheblich beeinträchtigt ist. Die hierdurch sowie durch die infolge von Abwanderungen in niedere Bestattungsklassen oder Verzicht auf Bestattungen infolge der Gebührenerhöhungen zu erwartenden Mindereinnahmen sind bei Feststellung der oben aufgeführten Anschlagssumme der Einnahme in Betracht gezogen worden.

Der Senat stellt einen dementsprechenden Antrag zur Genehmigung an die Bürgerschaft.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Der Reichsarbeitsminister hat dem Senate unter dem 8. Februar 1922 mitgeteilt, daß er die bisherigen Höchsthöhe der Erwerbslosenunterstützung vom 13. Februar 1922 ab infolge der weiteren Preissteigerung, namentlich der Brotverteuerung, erhöht habe.

Der Senat, in Uebereinstimmung mit dem Arbeitsamt, hält es für erforderlich, daß vom 13. Februar 1922 ab auch in Lübeck die neuen Höchsthöhe der Ortsklasse A gezahlt werden. Die jetzigen und die künftigen Höchsthöhe sind nachstehend gegenübergestellt:

	Höchsthöhe	jetzt:	ab 13. Febr. 1922:
1. für männliche Personen			
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben	15,— M	18,50 M	
b) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben	12,50 „	15,— „	
c) unter 21 Jahren	8,50 „	10,— „	
2. für weibliche Personen			
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben	12,50 „	15,— „	
b) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben	8,50 „	10,— „	
c) unter 21 Jahren	7,— „	8,— „	
3. als Familienzuschläge für			
a) den Ehegatten	7,— „	8,75 „	
b) die Kinder- und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	6,— „	7,50 „	

Der Senat stellt demnach zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft: daß mit Wirkung vom 13. Februar 1922 ab die vorstehend aufgeführten neuen Höchsthöhe für Erwerbslose gezahlt werden.

Die Milchversorgung Lübecks in Gefahr!

Mit diesem Alarmruf ludte Herr August Bape am Montag eine große Zahl von Interessenten und Neugierigen nach den „Zentralhallen“. Wer allerdings gekommen war in der Erwartung, etwas Genaueres über die erwähnte Gefahr und über Gegenmaßnahmen zu hören, wurde arg enttäuscht. Es handelte sich vielmehr um eine regelrechte „Flucht in die Desfinitivität“ durch Herrn Bape.

Es ist notwendig, den Leser mit folgender Vorgeschichte bekanntzumachen: In einer am 30. Januar d. J. abgehaltenen Versammlung der „Gemeinnützigen Milchversorgung m. b. H.“ wurde mit großer Mehrheit der Beschluß gefaßt, das ganze Unternehmen an einen damals nicht bekannten Käufer zu überlassen zu Bedingungen, die die Interessen der Genossenschaft sowohl wie der einzelnen Genossenschaftler berücksichtigen. (Das Unternehmen wurde also nicht, wie es in hiesigen Zeitungen heißt, in eine Aktiengesellschaft umgewandelt.) In dieser Versammlung machte sich eine Opposition gegen den Verkauf bemerkbar, die hauptsächlich von den Herren Bape und Hestl ausging, jedoch nur geringen Widerhall fand, wie die Abstimmungen bewiesen. Nachdem die Sachwerte der Genossenschaft durch rechtsgültigen Beschluß der Versammlung verkauft waren, schlugen Vorstand und Aufsichtsrat als Folge dieses Verkaufs die Auflösung der Genossenschaft vor. In einer zu diesem Zwecke nach dem „Kolozeum“ einberufenen, nicht beschlußfähigen Versammlung setzte Herr Bape seine Angriffe auf die Verwaltung verärgert fort und kündigte das an, was er und seine Freunde am Montag ausführten: eine öffentliche Versammlung mit den Angelegenheiten der Genossenschaft zu befaßeln.

Zu dieser Versammlung hatte man sonderbarerweise auch Herrn Balian von der Hansa-Meierei geladen, der den Verammelten Milchknappheit in Aussicht stellte, hervorgerufen dadurch, daß die neue Milch-Aktiengesellschaft die Milch in Zukunft nach Berlin schaffen werde. In später Nachtstunde wurde eine Entschließung angenommen, die sich unter Betonung dieser Gefahr gegen die neue Aktiengesellschaft wendet.

Eine dunkle Tat.

Roman von Levin Schülding

85. Fortsetzung.

Sechstes Kapitel.

Der Scherenhämmer hatte Bernhard die Aushändigung der Briefschaften versprochen, als Preis für eine Art Verzichtleistung auf die Tochter seines Stammes, die nun selber in ihr heimatisches Gebiet, in das Reich der Waldungen und Gebirgschichten zurückgekehrt schien, wozin jener regierte. Was war natürlicher, als daß er jetzt an nichts weniger dachte als daran, ein Versprechen zu erfüllen, bei dem er kein Interesse mehr haben konnte? Bernhard entschloß sich deshalb, nach Weichenburg zu reisen, um nach Lenes Anweisung sich in Besitz der für ihn so wichtigen Papiere zu setzen; er war nur noch unentschieden darüber, mit welchem Vorwande er Margaret diese Reise begründlich machen könne, und wanderte eines Abends — es mochten vierzehn Tage nach der Nacht von Lenes Verschwinden hingeflossen sein — mit diesem Vorne beschäftigt durch das Tal, welches sich hinter dem Dörfchen Kraned nach Westen hin ausdehnte. Er war oben bei der Kapelle gewesen; jetzt schritt er hinab bis an das Ufer des Sees, der in der Mitte des Tales lag und von einem Bache gespeist wurde, welcher, höher im Gebirge entspringend, zwischen schiffbewachsenen, ziemlich morastigen Ufern sich der Wasserfläche zufließen ließ, dann seinen Lauf weiter fortsetzte und das überflutete Wasser des Sees durch die Schlucht, die das Tal öffnete, aus dem leichten fortführte. Ein Steg für Fußgänger leitete hinüber; sonst war das Tal dadurch in zwei Hälften abgetrennt, da eine eigentliche Brücke nur in dem Dorfe sich befand. Bernhard stand auf jenem Stege und schaute in das zuende Spiegelbild der Sonne, das golden schimmernd, wie eine am Himmel vorüberziehende Wolke die Strahlen abstrahlte oder freilich, blühtig zog ein Hella! Haha! das aus der Ferne Klang, keine Aufmerksamkeit ab. Er schaute in der Richtung aus, woher der Ruf gekommen; es war zu seiner Linken, etwa in der Mitte zwischen ihm und dem in der Entfernung einer starken Viertelstunde vor ihm liegenden Dorfe — ein Mensch lief und rannte über Sees und Büsche, immer querfeldein, in gerader Richtung auf den See zu; hinter ihm drein zwei Reiter, die wie in toller Jagd der Richtung folgten, die der Flüchtling nahm, ihm oft hart an der Ferse waren, dann aber wieder ihm einen bedeutenden Vorsprung lassen mußten, wenn er über einen Wall oder einen Graben sprang, über den ihre Pferde nicht wegzulernen vermochten, so, daß sie auf Umwegen umhergeführt werden mußten. Auch hatte der flüchtige Mann weiter fortgerannt, während die Pferde nur mit Mühe darüber wegtamen und fortmährend strauchelten.

„Ja, sie haben ihn!“ rief Bernhard, der sich auf seinem Siege auf die Felsen gestellt hatte und aussehend den Satz riefte, „da

auf der Heide werden sie ihn einholen — nein, er wendet sich — er läuft in den Morast hinein — Viktoria! er steht bis an den Hüften im Wasser und läßt sie aus.“

Der Flüchtling war fürs erste gerettet, denn die Reiter versuchten vergebens, ihm näher zu kommen, da ihre Tiere bei den ersten Schritten bis an die Knie in den Morast sanken, der den See umgab. Sie hielten und schienen zu ratzschlagen; dann wandten sie, die fernere Verfolgung aufgebend, und ritten dem Dorfe zu. Der Mensch im Wasser hatte die Arme untergeschlagen und schaute ihnen nach; als sie hinter den ersten Häusern verschwanden, blühte er spödelnd um sich und schritt weiter durch das Wasser, dem andern Ufer zu. Bernhard ging von seinem Stege herunter, bis zu der Stelle des Gestebes, die dem Fremden gegenüber lag; es mochte halb Neugier, halb Teilnahme für den gemachten Ausreißer, was ihn näher zog. Dieser hielt in seinem Morast inne, um ihn angestrengten Auges zu betrachten; dann stieß er einen Ruf aus und winkte mit der Hand, wie, um ihn zum Weiter zu bewegen. Bernhard erkannte ihn an diesem Ruf; es war Wendels.

Der Scherenhämmer mochte etwa hundert Schritte noch vom Ufer entfernt sein, als er sich niederbeugte und die Arme zum Schwimmen auseinanderstreckte. Es war die schmalste Stelle des Sees und zugleich die tiefste, an der er übersehte; aber Wendels schien ein geschickter Schwimmer, denn er kam rasch vorwärts, als er plötzlich einen festigen schrägen Schrei ausstieß und mit den Armen über dem Kopfe in der Luft umhersoch — ein festes Umhängereifen, ein Arbeiten mit den Händen und der gespreizten Fingern — dann sanken sie — immer tiefer — schnellten wieder auf, das Haar seines Kopfes tauchte wieder empor — es verschwand im selben Augenblicke; das Wasser schäumte und spritzte auf, dann begann es seine Weller in lange Kreise auszudehnen und an der Stelle, wo der Schwimmer versunken, war es nach einigen Augenblicken wieder spiegelglatt.

Bernhard hatte kein Auge hierfür, denn in dem Augenblicke, in dem er die Gefahr des Schwimmenden erkannte, den augenblicklich ein plötzlicher Krampf gefaßt hatte, war er in das Wasser gesprungen, um ihm zu Hilfe zu kommen. Aber es war ein schlechter Schwimmer, und wenn ihn jetzt keine Herzensangst auch die gewaltigsten Anstrengungen machen ließ, so gelang es ihm doch nicht, tief und lange genug unterzutauken, um den Versunkenen zu erfassen. Er ließ einen wehklagenden Hilferuf aus, tauchte noch einmal hinab und wieder auf, um nach Luft zu schnappen — noch einmal — nein, die Tiefe hielt ihn Opfer fest. Er stieß nun zum Dorfe und rief hier zusammen, was ihm zuerst begegnete: ihm selbst war es jedoch nicht möglich, mit diesen Worten zum See zurückzugehen; er fühlte sich in seinen durchwässerten Kleidern zu Eis erstarrten, seine Glieder verlangten ihm den Dienst und als er am Herde seiner Wohnung stand, sank er vor den Augen der erschrockenen Margaret in Ohnmacht.

Der Verunglückte wurde erst nach drei Tagen aufgefunden. Man verscharrte ihn, fern vom geweihten Grabe; die ärmeren Bauern hatten sich in seine besten Kleidungsstücke geteilt und mit

einigem Gelde, das sie in seiner Tasche fanden, für ihre Arbeit bezahlt gemacht. Bernhard ließ emsig nachfragen, ob sie nicht auch Wapere und Briefschaften bei ihm gefunden, denn er selbst vermochte nicht, es zu unteruchen, weil er krank geworden war. Aber keiner wollte etwas dergleichen gesehen haben; er ließ sie noch einmal die geretteten Sachen durchforschen; nein, es war nichts da.

Es soll nicht sein, dachte er mit jener Resignation, welche körperliche Schwäche gibt, und ergab sich in die Anfälle der Krankheit, die ihn wochenlang an das Lager fesselte und allen Hausmitteln der Frau Fahrstein Trost bot.

„Sie verquackelert ihn,“ sagte Herr Gerhards mit einem Anwürfen, wie ihn nur seine Teilnahme für den Leidenden in ihm hervorbringen konnte; „es würde am besten sein, wenn der anächtige Herr ihn aufs Schloß bringen ließ; ich würde ihn schon kurieren!“

„Sie?“ sagte Frau von Kraned zweifelnd.

„Zu dienen, anächtige Frau; ich wollte ihm schon was eingeben: zwei Schoppen alten spanischen Wein und darin eine Handvoll Pfeffer und Ingwer und dies eine Weile durcheinander geschüttelt.“

„Das sollte seine Brustentzündung heben?“

„Amohl anächtige Frau, das sollte wohl besser sein, als die Quackalereien der alten Mararet; der arme Schelm wird kein Schloß nicht wieder gesund, wenn die an ihm fortdoktert! Aber zwei Schoppen alten Spanischen und darin eine Handvoll —“

„Herr Gerhards,“ sagte Frau von Kraned zu dem Vikar, der ein außerordentlich wichtiges Gesicht machte, als er sein Hausmittel empfahl, „zum Doktor sind Sie verstorben, aber Ihr Rat ist ein sehr viel Rücksicht verdienender. — Qu'en pensez vous, mon cher mari?“ fuhr sie, zu Herrn von Kraned gewendet, fort.

„Ma chere,“ verkehrte dieser, „ich erwarte die Entschlüsse Ihres edelmütigen Herzens.“

Diese Entschlüsse ergolten und der Vikar wurde beauftragt, den Transport des Kranken in das Schloß Hohentraned anzuordnen und zu beaufsichtigen. Er führte dies mit einer sehr arroken Beharrlichkeit und Sorgfalt aus, aber zugleich mit unerhittlicher Härte gegen die Protestationen der Mutter Fahrstein, die sich ihren Sohn nicht nehmen lassen wollte, oder ihm mindestens folgen zu dürfen verlangte, was der Vikar durchaus nicht zugestehen wollte.

„Aber es handelt sich ja gerade darum, daß er Ihre Mutter nicht mehr nehmen soll,“ sagte Herr Gerhards, indem er ein Töpfchen mit einem solchen Trank, das in der Krankenstube auf dem Tische stand, an seine Nase führte. „Das schau einer an,“ fuhr er kopfschüttelnd fort, „das soll gegen eine Brustentzündung gut sein! Nein, Frau, ich will Ihr sagen, was gut war, zwei Schoppen alten Spanischen —“

„Ei was,“ sagte Frau Fahrstein heftig, „ich bin ein eben so guter Doktor wie Er, und will bei meinem Kinde bleiben!“

(Fortsetzung folgt.)

Die Allgemeinheit hat natürlich das allergrößte Interesse daran, daß die bisher von der „Gemeinnütigen“ nach Lübeck geschaffte Milch der Bevölkerung weiter zur Verfügung steht, und vor diesem Standpunkt aus wird jede dahingehende Maßnahme zu unterstützen sein. Sonderbar berührt nun das bisher auf Anordnungen und Gerüchte sich beschränkende Vorgehen der Pape und Genossen gegen den Vorstand, in dem seine früheren Parteifreunde überwiegen, und gegen den Aufsichtsrat, dem auch Vertreter der Arbeiterklasse angehören. Ob die Preispolitik der „Gemeinnütigen“ immer die richtige war, soll hier nicht untersucht werden; richtig ist doch wohl, daß sie der kapitalistischen Konkurrenz erlag, die bei dem aus den Butterauktionspreisen sich ergebenden Preissteigerungen für Milch die kleine „Gemeinnütige“ vorangehen ließ und dann „zögernd“ und „notgedrungen“ folgte. — Ueber das endgültige Schicksal der „Gemeinnütigen“ wird in einer Generalversammlung am Freitagabend entschieden werden.

Gegen die halslose Verdächtigung, durch Umwandlung der Gemeinnütigen Milchversorgung in eine Aktiengesellschaft wurde die Milchversorgung Lübeds geführt, wird uns heute eine notarielle beglaubigte Urkunde überreicht, in der es u. a. heißt: „Namens der Milch-Aktiengesellschaft Lübeds erklären sich hiermit, daß diese von mir vertretene Gesellschaft sich ausdrücklich verpflichtet, die Milchversorgung Lübeds in demselben Umfang durchzuführen, wie es durch die Lübeder gemeinnützige Milchversorgung, e. G. m. b. H. zu Lübeck, bisher geschehen ist. Unterschrift.“

Konsumverein und Gewerbesteuer.

Zu dieser in Lübeck, besonders auch in der Bürgerschaft in letzter Zeit viel erörterten Frage schreibt unser Elberfelder Parteiblatt u. a.: „Während das preussische Gewerbesteuergesetz ausdrücklich die Konsumvereine mit offenem Laden der Gewerbesteuerpflicht unterwirft, legt das neue Reichs-Konsumvereinegesetz in § 4, das bei Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb sich auf den Kreis der Mitglieder beschränkt, ein Gewerbebetriebsrecht nicht vorliegt. Infolgedessen brauchen die Genossenschaften für ihren gesamten Warenbetrieb keine Körperschaftsteuer zu bezahlen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß dieser Grundgedanke des Reichs-Konsumvereinegesetzes auch auf die Landes-Konsumvereine angewendet werden muß. Allerdings ist es im vorliegenden Falle notwendig, das veraltete preussische Gewerbesteuergesetz von 1891 umzuformen. In Mecklenburg-Schwerin und in anderen Staaten hat man auch schon den in der Reichs-Konsumvereinegesetzgebung aufgestellten Grundgedanken und die Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb sich auf den Mitgliederkreis beschränkt, von der Gewerbesteuer befreit. Es kann für alle, die das Wesen der Genossenschaft richtig erkannt haben, keinem Zweifel unterliegen, daß die steuerliche Behandlung der Konsumvereine als Gewerbebetriebe eine Undina ist. Nach der Rechtsprechung ist als Gewerbebetrieb anzusehen jede mit der Absicht auf Gewinnerzielung unternehmene selbständige, berufsmäßige und erlaubte Tätigkeit, welche sich auf Betätigung am allgemeinnützigen Verkehr darstellt. Bekanntmachung ist aber die Tätigkeit eines Konsumvereins nicht auf Gewinn gerichtet, denn die Ueberträge, die an seine Mitglieder nach dem Verhältnis ihrer Kassenentnahme verteilt werden, stellen nach überall anerkanntem Rechtsgrundsatz keine Gewinne dar. Die Weiterveräußerung der Waren an die Mitglieder ist keine Weiterveräußerung mit Gewinnabsicht, sondern eine Verteilung zum Zwecke des Verbrauchs gemeinsam eingekaufter Waren. Demgemäß ist es nur eine Forderung der Gerechtigkeit, die Konsumvereine von den fiskalischen Gewerbesteuer zu befreien.“

Kommunisten und Gewerbesteuern.

Die Gewerbesteuern, eine der wenigen Steuern, die den Kommunen zur Deckung ihrer großen Lasten verhelfen, wird in allen Städten angezogen. So befaßte sich kürzlich auch die Leipziger Stadtratsversammlung mit der Erhöhung der Gewerbesteuer, und zwar mit rückwirkender Kraft. Es ergab sich dabei das auch in Lübeck nicht unbekanntes Bild, daß die Kommunisten sich gegen die Steuer wandten. Die unabhängige Leipziger Volkszeitung bezeichnet deshalb die Kommunisten als Vorlebensbesitzer der Leipziger Großhandelskassen und schreibt im übrigen zu der Steuer selbst: „Die Stadt Leipzig befindet sich in großer Finanznot. Es fehlen ihr gegen 60 Millionen Mark, um den Haushalt zur Besserung zu bringen. Dabei werden täglich größere Anforderungen an sie gestellt. Der Stadt stehen aber wenig Steuern zur Verfügung, um die Einnahmen zu vergrößern. In dieser Lage stellt der Rat den Antrag, einen Zuschlag von 100 Prozent zu den auf das Rechnungsjahr 1921/22 zu erhebenden Gewerbesteuerbeiträgen einzuführen. Dieser Zuschlag soll rückwirkend ab 1. April 1921 erhoben werden. Die kleinen Gewerbetreibenden sollen nicht belastet werden. Es ist im weitestgehenden eine Steuer auf die Gewinne der Großbetriebe, die Millionen Mark Ueberträge erzielt haben und von denen manche die für das Ausland geflohen sind, geradezu enorme Kapitalgewinne eingeführt haben. Der Zuschlag sollte 45—50 Millionen Mark einbringen. Sofern nicht aber die Vertreter der Großhandelskassen im Verein mit den Kommunisten gegen diese Vorlage Sturm und es wurden nur die Hälfte der in Anschlag genommenen Zuschläge festgesetzt, so daß die Stadt einen Verlust von 25—35 Millionen Mark erleidet. Selbst diese Summe bewilligten die Kommunisten nicht. Sie waren um der Geldmittel der Besitzenden noch besorgter als die Kapitalisten selbst.“

Die Charakterisierung kommunalpolitischer Tätigkeit der Kommunisten seitens ehemaliger Freunde ist nicht falsch, aber richtig.

Der Hanfsanal.

Die Diskussion über die Verbindung des Mittelkanals mit den Seehäfen ist nunmehr zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Hamburg, Bremen, Hannover und das Ruhrgebiet haben sich geeinigt, gemeinsam den „Hanfsanal“ zu propagieren. Nach dem Wunsch soll dieser Kanal etwa bei Bramsche am Mittelkanal abzweigen, läuft dann etwa 43 Kilometer durch ebenes Gelände in nordöstlicher Richtung, durchschneidet bei Fahren und Sack kleinere Höhenrücken und erreicht bei dem Dorfe Oel den Meeresspiegel der Waierriederung. Kurz vorher zweigt ein 10 Kilometer langer Kanal zur Weier ab, der die Verbindung mit Bremen und der Unterweser herstellen soll. Von Oel ab wird der Hanfsanal auf einem 9—10 Meter hohen Damm durch die Weierriederung geführt; bei Sack überbrückt er die Weier auf einer Brücke, unter der die Schiffe bei bei Winden unter dem Mittelkanal ungehindert hindurchfahren können. Auf dem rechten Ufer ist dann eine 1000 Meter lange Verarmung des Bettes zwischen Weier und Oel angeordnet. Im weiteren Verlauf dieses bis außer der Ueberbrückung der Weierriederung keine anderen Schwierigkeiten. Bei Sack wird ein Kanal von Hamburg an den Kanal der Elbe-Hiederung, teils bis hier in den Hauptkanal für den Verkehr nach Hamburg, teils ab, der bei Moorburg die Elbe erreicht, und in einem Seitenkanal für den Anker-Verkehr, der bei Sack in die Elbe einmündet.

Der Hanfsanal soll auch für Lübeck die günstige Kanalverbindung bieten und dem von Lübeck bisher propagierten Nord-Elbe-Kanal gegenüber große Vorteile haben. Wichtig ist, daß der Hanfsanal auch für Lübeck eine gute Kanalverbindung mit dem Ostseegebiet bilden würde, da die Fahrwege von Hamburg über die Elbe und Elbe-Elbe-Kanal nach Lübeck ge-

Achtung Betriebsräte, Betriebsobmänner!

Neuwahl der Betriebsräte.

In einer Sitzung am 15. Februar hat der Vollzugsrat beschlossen, die diesjährigen Neuwahlen der Betriebs-Räte für das Wirtschaftsgebiet Lübeck, wie im vergangenen Jahre, für alle Betriebe an einem Tage vornehmen zu lassen.

Wahltag ist der 23. März.

Auf Grund des § 23 des B.-R.-G. hat der Betriebs-Rat spätestens 4 Wochen vor Ablauf seiner Wahlzeit den Wahlvorstand zu bestellen.

Neuester Termin für die Bestellung des Wahlvorstandes ist der

23. Februar.

Bis zu diesem Tage muß der Wahlvorstand bestimmt sein. Die Wahl ist durch den Wahlvorstand sodann unverzüglich einzuleiten. Die Einleitung der Wahl beginnt mit dem Aushang des Wahlauschreibens.

Das Wahlauschreiben hat auf Grund des § 3 der Wahlordnung der Wahlvorstand spätestens 20 Tage vor dem letzten Tage der Stimmabgabe zu erlassen.

Spätestens am 2. März ist aber das Wahlauschreiben auszuhängen.

Bis spätestens 1 Woche nach dem 1. Tage des Aushanges des Wahlauschreibens sind beim Wahlvorstand die Vorschlagslisten einzureichen.

Neuester Termin zur Abgabe einer Vorschlagsliste ist also

Donnerstag, der 9. März.

Wir bitten die Betriebs-Räte und Betriebs-Obleute, dem Beschluß des Vollzugsrates nachzukommen. Die Kosten für die Wahl hat der Arbeitgeber zu tragen. Wahlauschreiben, Vorschlagslisten und ein alle Bestimmungen des Wahlverfahrens deutlich und verständlich erläuterndes Flugblatt sind gegen Erstattung der Selbstkosten im Gewerkschaftssekretariat, Johannisstraße 48, parterre, zu haben. Hier wird auch jede gewünschte Auskunft erteilt.

Die Betriebsrätezentrale des A. D. G. B. und Ufa.

J. A. Dreger.

leitet werden können. Die Kohlentransporte nach Lübeck für Zwecke des hiesigen Konsums würden dadurch sicherlich eine Verbilligung erfahren; ebenso würden verschiedene Rohstoffe für unsere Industrie in Zukunft auf dem Hanfsanal transportiert werden. Ob Speditionsgüter in größerer Menge auf diesem Wege nach Lübeck gelangen würden, scheint zweifelhaft, da die Linienführung des Kanals Bremen und Hamburg stark begünstigt. Unter den Kanalprojekten, welche die Verbindung des Mittelkanals mit den Seehäfen bezwecken, ist für Lübeck der Nord-Elbe-Kanal weitaus der günstigste, da er eine direkte Verlagerung des Elbe-Elbe-Kanals nach Süden hin bildet und die wichtigsten mitteldeutschen Industrie- und Landwirtschaftszentren wie industriell bedeutende Landstriche erschließt. Es wird die Aufgabe Lübeds sein, das Interesse am Nord-Süd-Kanal wach zu halten, auch wenn der Hanfsanal der Verwirklichung näherkommen sollte.

Zur Lohnbewegung in den Wäschereibetrieben erhalten wir vom Verein der Wäschereibesitzer für Lübeck und Umgegend eine Zuschrift, in der die unbeweisbare Behauptung aufgestellt wird, die Redaktion habe einen wesentlichen Sachverhalt übersehen. Wir haben uns mit den Herren deshalb schon persönlich auseinandergesetzt und können es ab heute noch einmal darauf eingehen. Im übrigen schreibt der Verein: Die einfache Behauptung, die erwähnten Betriebe seien diejenigen gewesen, die die Verhandlung mit dem Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verband ablehnten, beweist gar nichts und ist absolut hinfällig. Denn die beiden Herren hatten als Kommissionsmitglieder nur den Standpunkt des Vereins zu vertreten. Im Gegenteil, nicht der Verein der Wäschereibesitzer ist derjenige, der die Wäterinnen und Arbeiterinnen aus ihrem Verband treibt, sondern der Verfasser derartiger Artikel und Erwidrerungen, wie sie in den Nummern 35 und 39 des Lübeder Volksboten veröffentlicht wurden. Sie sind nämlich nur geeignet, dem Publikum ein falsches Bild von der Geschäftslage im Wäschereigewerbe zu geben und dienen nur dazu, die Arbeit der Wäschereien, mit der Arbeitszeit des Personals noch mehr zu verringern. Wenn der Verfasser von großen Profitten träumt, so spricht der Verein der Wäschereibesitzer ihm über diesen Punkt, weil kein Fachmann, die Urteilskraft ab. Eine Kostenberechnung steht gerne zur Verfügung.

Hierzu gibt der Deutsche Bekleidungsarbeiter-Verband, Filiale Lübeck, folgende Erwidrerung:

In obigem Artikel wird behauptet, die beiden Herren hätten als Kommissionsmitglieder nur die Interessen des Vereins zu vertreten. Jetzt fragen wir: Wozu auch das im Interesse des Vereins, wenn die Kommissionsmitglieder resp. der Vorstand einfach einen Schiedsspruch ohne Begründung seiner Mitglieder ablehnt? Erwähnt sei nur, daß die Leitung des Bekleidungsarbeiter-Verbandes am 1. Dez. 1921 die Nachricht hatte, der Schiedsspruch sei abgelehnt! Aber erst am 8. Dez. fand eine Versammlung des bez. Vereins statt mit der Tagesordnung: Bericht vom Schiedsspruchsausschuß. Unseres Erachtens ein unverständliches selbständiges Handeln der Kommissionsmitglieder resp. des Vorstandes. Des weiteren wird gesagt, unsere in Nr. 35 und 39 des Lübeder Volksboten veröffentlichten Artikel und die Erwidrerung stelle die Geschäftslage der Wäschereibetriebe in einem falschen Bilde dar, auch könnten sie zu Verringerung der Arbeit und der Arbeitszeit führen. Auch hierüber ließe sich ein längerer Artikel schreiben, welcher den Arbeitgebern wohl nicht allzu besonders unangenehm wäre. Er ist hieraus festzustellen, daß die Arbeitgeber dieser Branche bemüht sein werden, ihr Personal derartig zu unterziehen, daß der Bekleidungsarbeiter-Verband schuld sei, wenn in ihrem Beruf die Arbeit weniger wird. Dieses liegt uns vollständig fern. Im Gegenteil, wir wollen, daß auch die in diesem Beruf beschäftigten Arbeiterinnen einen 49stündigen Wochenverdienst haben, anstatt heute eines von 30 bis 35 Stunden die Woche. Unsere Aufgabe ist, Sorge zu tragen, daß unsere Mitglieder arbeitsfähig und der Zeit entsprechend entlohnt werden und ein menschenwürdiges Dasein führen können. Bei den heutigen Löhnen ist dieses nicht der Fall. Zum Schlag sei noch erwähnt, daß in anderen gleichen Städten wie Lübeck in dieser Branche ein Stundenlohn von 6 Mk. und darüber bezahlt wird. Auch können unseres Erachtens die Arbeitgeber hier in Lübeck denselben Lohn bezahlen, es würde allerdings ein kleiner Teil weniger in ihre Taschen fließen.

Schiedsspruch. Die Stöcher der Kommunisten haben das nachgehende Eis in der Lübeder Bucht an mehreren Stellen durchgehauen, jedoch es bei Südwestwinden aus der Lübeder Bucht hinausgetrieben. Die Aus- und Einfahrt nach Travemünde ist mit Gebrechen wieder für alle Schiffe unpassierbar. Heute Mittwoch früh sind die Dampfer „Mira“, „Königland“ und „Evanen“ in See gegangen. — Das Eis der Elbe bis Lauenburg aufgedröht. Die nach der Oberelbe fahrenden Hamburger Gießerer haben Dienstag Lauenburg a. d. Elbe erreicht und verladen, wozu sie zusammen, so daß voranrückend die Damm-Elbe wieder aufgenommen werden kann.

Kontingenzzahlung. Am Sonnabend, dem 25. Februar, erfolgt die Zahlung der Militärrenten für den Monat März. Von den Empfängern ist einmal im Jahre eine beglaubigte Lebensbescheinigung beizubringen und zwar alljährlich für die Märzzahlung. Bevor die Lebensbescheinigung nicht beigebracht ist, darf die Zahlstelle (Reichspost) keine Beträge auszuhändigen, auch nicht auf ein Konto überweisen.

Verriet das Eis nicht mehr! Da das Eis nicht mehr haltbar ist, wird das Verreten derselben hiermit vom Polizeiamt verboten. Am Kanal bei der alten Eisenbahnbrücke brach ein kleines Mädchen ein, das aber im letzten Augenblick von Schiffen noch gerettet werden konnte.

Von einer Eischolle heruntergeholt wurde am Sonntagabend ein Reichsmehrholzer, der von einem Langvergnügen in Fraaisdorf bei Raminburg auf das Eis der Trave gefahren war. Die hiesige Feuerwehr mußte in Eile eintreten und den Soldaten, der in selbiger Stimmung war, von der Eischolle herunter holen. Die Angaben des Geretteten, daß mit ihm noch zwei weitere Personen auf das Eis gefahren und verschwunden seien, treffen nicht zu.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadtheater. Donnerstag gelangt Boccini's Oper „Böhème“ zur Wiederholung. Auf die Vorstellung: „Orpheus in der Unterwelt“ am 4. März wird aufmerksam gemacht. Der tägliche Verkauf zu dieser Feiertagsvorstellung beginnt am 24. Februar.

Hansa-Theater. Heute, Mittwoch, zum 15. Male „Die spanische Nachtigall“. Donnerstag, 7½ Uhr, die lustige Posse „Er und seine Schwester“. Sonnabend zum ersten Male „Der letzte Walzer“, Operette von Oskar Strauß, die aus Anlaß des Künstlerfestes in der „Fledermaus“ um 7 Uhr abends beginnt.

Angrenzende Gebiete.

Schwartzau. Berichtigung. In der Notiz über den Vereinigungsausschuß ist ein Fehler unterlaufen. Es muß u. a. lauten: Zimmermann Paetau und Künzel, Leiter des Arbeitsamtes Schwartzau.

Hamburg. Der Kartoffelmarkt blüht kräftig weiter. Drei Mark und mehr wurden in der Frostperiode für das Pfund gefordert, und auch jetzt nimmt man noch bis zu 2.60 Mk. Auf dem Hamburger Großmarkt wurde Freitag nachmittag für Kartoffeln ein Großhandelspreis von 200—280 Mk. pro Ztr. bezahlt. Die Marktpolizei feste ihn auf 200 Mk. fest. Ein sonderbares Vorgehen der Marktpolizei. Schieber und Wucherer sind wieder oben auf. Durch Hamburg, das seit 6 Wochen ohne Kartoffeln ist, kommen täglich Lastautos Hamburger Händler und Bauernwerke, die aus dem Landkreis Harburg und den benachbarten Kreisen Kartoffeln befördern. Auch im Kreise Wismar wird weiter geuchert. In den bekannten Schieber- und Wuchererdörfern Wehau und Scharnbeck ist im Kartoffelverkauf jetzt Hochbetrieb. Schieber kommen aus Hamburg und bezahlen 150 Mk. für den Zentner. Es gibt dort aber auch sehr spekulativ veranlagte Bauern, die nicht mehr an Händler und Schieber verkaufen, sondern täglich nach Hamburg fahren, um hier für den Zentner Kartoffeln 250 Mk. und mehr einzuhelmien. Das sind alles Leute, die zu den Aufbauparteien zählen.

Aus aller Welt.

Bluttaten eines Fabrikbesizers. Am Sonntag wurde in Grünheide der Fabrikbesitzer Baurisch verhaftet, der den Portier seiner Villa, Georg Magnus, erschossen und seine Aufwärterin Frau Wolter lebensgefährlich verletzt hatte. Der Mord soll ein Streit vorangegangen sein, in dessen Verlauf Baurisch den Portier erschoss.

Zirkusdirektor Stosch-Carrasani schwer verletzt. Wie aus Dresden gemeldet wird, wurde gestern nachmittag der Zirkusdirektor Stosch-Carrasani bei der Dressur von einem Elefanten mit den Stoßzähnen gepackt und mit dem Rüssel bearbeitet. Es gelang nur mit Mühe, das wütende Tier von seinem Opfer abzubringen. Carrasani wurde schwer verletzt in eine Klinik gebracht.

50-Milliarden-Unterschlagung eines Vollzugskomitees. Das gesamte Personal des Vollzugskomitees des Gouvernements Perm wurde verhaftet und dem Gericht des Revolutionstribunals übergeben. Der Grund zu diesen Verhaftungen bildete der Umstand, daß das Personal des Perm Vollzugskomitees in der bei ihm bestehenden amtlichen Geldfabrik für fünfzig Milliarden Rubel Geldscheine drucken ließ, ohne dazu von der Moskauer Regierung beauftragt worden zu sein. Der genannte Betrag wurde von den einzelnen Mitgliedern des Vollzugskomitees für eigene Zwecke verausgabt.

Opfer von Lawinstürzen. Dem in Innsbruck erscheinenden Alpenland zufolge sind bei Lawinstürzen in der Umgegend von Alpbach der Kaufmann Lauffer aus Oberstaufen in Bayern und der Schneidermeister Strubig aus Dresden tödlich verunglückt.

Uberschwemmungskatastrophe in China. Aus Shanghai wird gemeldet: Antolge Uberschwemmung in die Provinz Kiangsu, zu der auch Shanghai gehört, auf eine weite Strecke verwüstet und die gesamte Reisente zerstört worden, wodurch eine Hungersnot ausgebrochen ist. Sechs Millionen Menschen werden davon betroffen. Die Bewohner haben einen Aufruf erlassen, worin sie die Hilfe eines internationalen Komitees anrufen.

Gepreschall.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Steuernachlaß für Landarbeiter.

Vor Landarbeitern kommen häufig Klagen über harte Behandlung durch Beamte des Finanzamtes. Ich möchte an dieser Stelle ausgeben haben, gerade die Landarbeiter, denen der Schutz des Betriebsrätegesetzes fehlt, doch etwas entgegenkommen zu behandeln. Ebenso gut wie der Landwirtschaft Rat erteilt wird, hat auch der Landarbeiter ein Recht hierauf. Die Landarbeiter, die nach heute Steuern zu bezahlen haben, möchte ich bitten, sich unter Darlegung ihrer Verhältnisse bei Nichtzahlungsfähigkeit um Erlass der Steuern zu erkundigen. Steuerfrei waren im Jahre 1920 der Mann mit 30 Mk., die Frau mit 10 Mk. und jedes der Kinder mit 10 Mk. Dann Kranken- und Invalidengeld, Gewerkschaft und politische Partei und Zeitungsausgabe. Besonders erwähnt werden muß längere Krankheit des Familienernähers oder irgend eines Familienmitgliedes. Sonstige außergewöhnliche Belastungen wie Unterhalt eines Familienangehörigen, das zu Hause oder in einer Anstalt einer besonderen Pflege bedarf, muß auch erwähnt werden. Wenn der Vater oder die Mutter von der Familie getrennt leben muß, so dient dies zur steuerlichen Entlastung. Zur Berechnung für die Deputatbewertung kommen pro Stunde 2.50 Mk., wie es von Kiel aufgegeben wurde. Bisher ist dies von keiner Seite bestritten und erlaube ich die Kollektur, sich den Steuerabzug nicht höher bewerten zu lassen als 2.50 Mk. pro Stunde. St. d.

Steckenpferd-Buttermilch-Seife
die beste Kinderseife

